

STADT WALDKRAIBURG

13. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 "Gewerbe- und Industriegebiet an der Daimlerstraße"

Fassung vom: 16.05.2023
Geändert am: 21.11.2023



PLANZEICHENERKLÄRUNG

A) Festsetzungen

1. Geltungsbereich

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 13. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29
(Die 13. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 der Stadt Waldkraiburg für das Gewerbe- und Industriegebiet an der Daimlerstraße ersetzt in ihrem Geltungsbereich den B-Plan Nr. 22 mit allen bisherigen Änderungen).

2. Art der baulichen Nutzung

- 2.1 GE Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO
2.2 GI Industriegebiet gemäß § 9 BauNVO
2.3 SO Sondergebiet Baumarkt und Gartencenter gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO
Das Randortgebiet des Baumarktes ist auf maximal 730 m² Fläche, das Randortgebiet des Gartencenters ist auf maximal 550 m² Fläche begrenzt.
2.4 MI Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO

2.5 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Einzelhandel mit den Sortimenten des Nahversorgungsbedarfs und des Einzelhandels gemäß des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) vom 01.06.2013 sind im Gewerbe- und Industriegebiet ausgeschlossen.

Sortimente des Nahversorgungsbedarfs:
- Nahrungs- und Genussmittel, Getränke.

Sortimente des Einzelhandels:
- Arzneimittel, medizinische und orthopädische Produkte, Baby- und Kinderartikel,
- Bekleidung,
- Brillen und Zubehör, optische Erzeugnisse,
- Bücher, Zeitungen, Zeitschriften,
- Drogerie- und Parfümeriewaren,
- Elektronikartikel (Unterhaltungselektronik („braune Ware“), Haushalts-elektronik („weiße Ware“), Computer und Zubehör, Foto, Film),
- Glas, Porzellan, Keramik, Geschenkartikel, Haushaltswaren,
- Haus- und Heimtextilien, Bettwaren,
- Lederwaren,
- Papier- und Schreibwaren, Bürobedarf,
- Schuhe,
- Spielwaren, Sport- und Campingartikel,
- Uhren und Schmuck.

2.7 Betriebswohnungen gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 1 (in Gewerbegebieten) und gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 (in Industriegebieten) BauNVO können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn die Wohnungen in direktem baulichen Zusammenhang und gestalterischer Einheit mit dem Betriebsgebäude errichtet werden. Im Sondergebiet Baumarkt und Gartencenter gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO ist die Errichtung einer Wohnung zulässig, wenn die Wohnung in direktem baulichen Zusammenhang und gestalterischer Einheit mit dem Betriebsgebäude errichtet wird.

2.8 Die Errichtung von Feuerbestattungsanlagen (Krematorien) ist nicht zulässig.

3. Maß der baulichen Nutzung

- 3.1 Baugrenze
3.2 GRZ 0,6 WH 20
Maximal zulässige Grundflächenzahl, z. B. 0,9 Flächen, die mit Split- oder Rasenpflaster mit mindestens 40 % freier Plattenquerschnitt belegt werden, werden bei der Berechnung der GRZ 1 nach § 19 Abs. (4) BauNVO nicht berücksichtigt.

4. Höhenfestlegung und bauliche Gestaltung

- 4.1 WH 20
Maximal zulässige Wandhöhe für Hauptgebäude in Meter, z. B. 20
4.2 Es gelten folgende Bezugspunkte zur Höhenfestlegung:
Unterer Bezugspunkt zur Ermittlung der Wandhöhe ist die Oberkante des fertigen Fußbodens im Erdgeschoss. Die Oberkante des fertigen Fußbodens des Erdgeschosses darf nicht mehr als 0,5 m über oder unter der natürlichen Geländehöhe liegen. Als natürliche Geländehöhe wird die gemittelte Höhe der zum Grundstück gehörenden Erdschichtstraße entlang der festgesetzten Straßenbegrenzungslinie gewertet. Für den oberen Bezugspunkt zur Ermittlung der Wandhöhe gilt Art. 5 Abs. 4 Satz 2 BayBO.
4.3 Für untergeordnete Bauteile wie Treppenhäuser, Aufzüge, Aufbauten, Krananlagen und einzelne erforderliche technische Anlagen und Gebäude für betriebliche Abläufe, die eine größere Höhe erfordern, kann eine Ausnahme zugelassen werden.
4.4 Die Abstandsflächen gemäß Art. 6 BayBO sind einzuhalten. Im Bereich 1 (Mischgebiet) ist zum westlich benachbarten Grundstück Grenzbebauung zulässig.

5. Verkehrsflächen

- 5.1 Öffentliche Verkehrsfläche
5.2 Straßenbegrenzungslinie
5.3 Öffentliche Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung (Eigentumswege)
5.4 Schrägheck mit Angabe der Schenkelweite in Meter, z. B. 70
Innerhalb der in der Planzeichnung festgesetzten Schräghecke sind Bauten, Abgrenzungen oder Bepflanzungen mit einer Höhe von größer 0,8 m über der Oberkante der Fahrbahn nicht zulässig. Ausgenommen sind hochstämmige Bäume, sofern eine ausreichende Sicht gewährleistet ist.

6. Tiefgaragen, Garagen, Stellplätze, Parkplätze, Wege, Lagerflächen und Zufahrten

- 6.1 Fläche für Stellplätze
Nach jeweils 5 Stellplätzen ist ein mindestens 1,5 m breiter Bepflanzungsstreifen anzulegen. Je Pflanzfläche ist ein heimischer und standortgerechter Baum (vgl. Pflanzliste unter B 15) mit einer Mindestpflanzhöhe von 3 Metern zu pflanzen. Der Standort für zu pflanzende Bäume kann zum Schutz von Leitungen geändert werden. Insgesamt ist eine durchgängige Durchgrünung von der Daimlerstraße bis zur Neutraubingstraße sicherzustellen.
6.2 Gliederung und Begrünung von Stellplätzen im Bereich der Flurnummern 457, 458/10, 458/12, 458/13, 458/15, 458/16, 458/17, 458/18, Gemarkung Waldkraiburg
Für Stellplatzanlagen von mehr als 10 Plw ist der Nachweis zu erbringen, dass im unmittelbaren Umfeld der Stellplatzanlage jeweils 1 Baum je 5 Stellplätze gepflanzt wird. Abweichend von der Stellplatzsatzung der Stadt Waldkraiburg kann auf eine Gliederung nach jeweils 5 Stellplätzen durch Pflanzbeet verzichtet werden.
6.3 Tiefgaragen und Garagen sind nur innerhalb der Baugrenzen zulässig. Tiefgaragen sind so einzubauen, dass die Bodenbedeckung mindestens 0,6 m beträgt.
6.4 Stellplätze sind auch außerhalb der Baugrenzen zulässig. Innerhalb von Grünzügen sind Stellplätze nur zulässig, soweit die Grünzüge in der Planzeichnung als Parkplätze gemäß Festsetzung 5.5 gekennzeichnet sind.
6.5 Parkplatz
Auf den öffentlichen Grünstreifen entlang der Staatsstraße 2091 sind PKW-Stellplätze in einer Tiefe von 6 m (Zufahrt aus Richtung Westen) zulässig.
6.6 Zugänge und Zufahrten zwischen Baugrenzen und Grundstücksgrenzen sind im Baubereich 1 bis maximal 12 m Breite zulässig. In den Bau-bereichen 2 bis 5 sind Zugänge und Zufahrten zwischen Baugrenzen und Grundstücksgrenzen bis maximal 1/5 der Grundstückslänge zulässig.

7. Grünordnung

- 7.1 Fläche für Wald (mit Fuß- und Radweg)
7.2 Öffentliche Grünfläche (mit Fuß- und Radweg)
Öffentliche Grünflächen sind mit heimischen und standortgerechten Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen (vgl. Pflanzliste unter B 15). Innerhalb der öffentlichen Grünflächen ist die Anlage von Fuß- und Radwegen zulässig.

8. Anbaufreie Zone

Anbauverbotszone an der Staatsstraße 2091 (Breite 20 m). Unmittelbare Zufahrten und Zugänge zu der Kreisstraße und der Staatsstraße sind nicht zulässig.

9. Umgang mit Niederschlagswasser

Für den Bereich des Sondergebietes (SO) Baumarkt und Gartencenter gilt:
Unversichertes Niederschlagswasser (Dach- und Hofflächen) ist möglichst über Sickermulden zu versickern.
Abweichende Lösungen sind nachvollziehbar zu begründen. Dabei sind die Vorgaben des DWA-Merkblattes M153 und des DWA-Arbeitsblattes A138 oder bei einer angeschlossenen Fläche von weniger als 1000 m² pro Sickeranlage die Vorgaben der NWFreiV mit TRENOV (Niederschlagswasserfreisetzungsvorschrift mit zugehöriger technischer Regel) zu beachten.

10. Immissionsschutz

Umgrenzung der Flächen mit Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (vgl. einschlägige Emissionskontingente für das Industriegebiet (eingeschränkt) und Gewerbegebiet (eingeschränkt) in nachfolgender Tabelle.

Zulässig sind nur Betriebe und Anlagen, deren Geräusche in ihrer Wirkung auf maßgebliche Immissionsorte außerhalb des Bebauungsplanes im Sinne von Nr. 1.3 des Anlage TA Lärm die in der Tabelle angegebenen Emissionskontingente LEK nach DIN 45691:2006-12 weder tags zwischen 6:00 und 22:00 Uhr, noch nachts zwischen 22:00 und 6:00 Uhr übersteigen.

SEK	LEK Tag	LEK Nacht
SO (eingeschränkt)	60,5	40,5
GI (eingeschränkt)	60,5	40,5
GE (eingeschränkt)	60,5	40,5
MI	55,0	40,0

SEK: Emissionsbezugsfläche + überbaubare Fläche

Die Einhaltung der zulässigen Immissionskontingente ist nach Vorgabe der DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5 im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch ein schalltechnisches Gutachten nach zuweisen. Die Ermittlung der Immissionskontingente erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 4.5 unter ausschließlicher Berücksichtigung der geometrischen Ausbreitungsdämpfung. Auf eine schalltechnische Begutachtung kann im Einzelfall verzichtet werden, wenn die Einhaltung der Kontingente aufgrund der Nutzung offensichtlich ist (z.B. Bioraum).

Als maßgebliche Immissionsorte sind die je nach Lage des Bauvorhabens nächstgelegenen Wohnbereiche der Fl.Nr. 1620, 1641, 16271, 281/11, 326, 487/3, 490/21, 490/28, 496/2, 1181 und 1191, Gemarkung Waldkraiburg, zu berücksichtigen.

11. Werbeanlagen

Abweichend von der Satzung über die Anlagen der Außenwerbung in der Stadt Waldkraiburg (Werbeanlagensatzung) dürfen Werbeanlagen auch außerhalb der Baugrenzen mit einer maximalen freien Höhe von 12 m und einer Ansichtsfläche von maximal 15 m² errichtet werden. Die jeweils aktuellen gesetzlichen Vorschriften zum Zeitpunkt der Antragstellung sind einzuhalten (insbesondere Art. 26, 24 BayStWW).

Werbeanlagen dürfen nicht errichtet oder geändert werden, wenn die Sichtverhältnisse bei Grundstückszufahrten dadurch beeinträchtigt werden. Werbeanlagen dürfen nicht in die öffentlichen Verkehrsflächen hineinragen. Wenn bei Straßen kein Gehweg besteht, dürfen Werbeanlagen im seitlichen Sicherheitsraum von 0,5 m vom Fahrbahnrand nicht errichtet werden.

12. Ersatzaufforstungsmaßnahmen

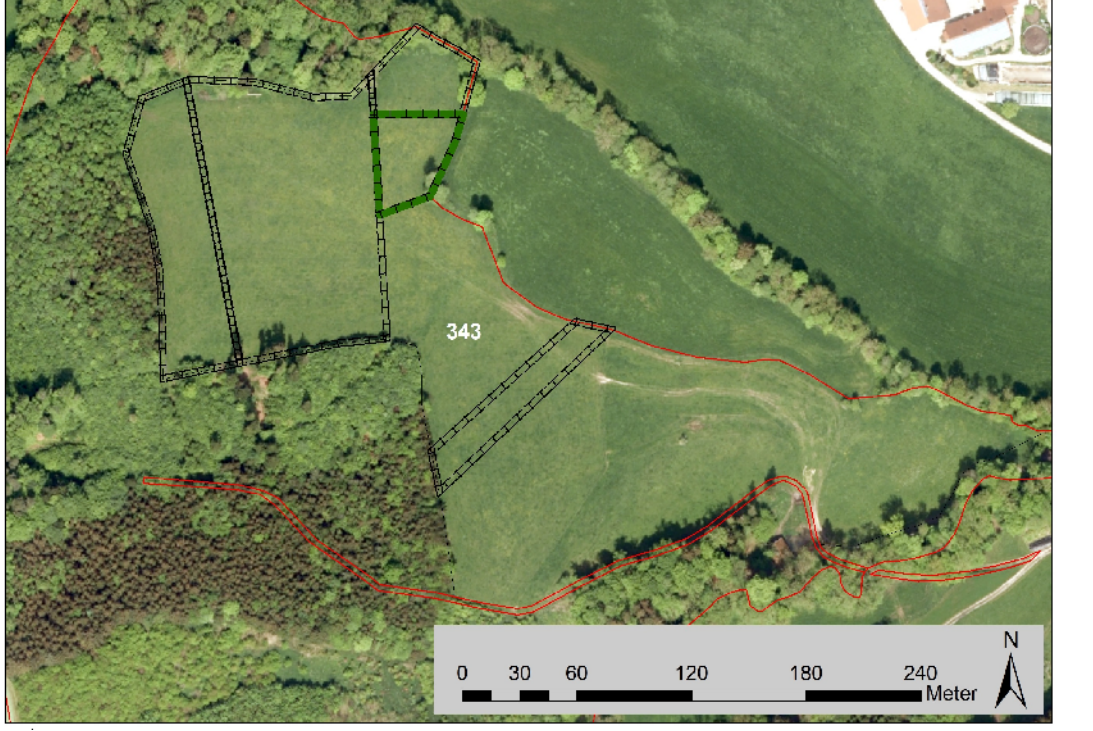
Zur Kompensation der mit der Planung verbundenen Verluste von Gehölzflächen wird eine naturnahe Ersatzaufforstung durch Aufforstung eines standortgerechten Laubmischwaldes auf einer Teilfläche des Flurstücks 220/4, Gemarkung Zangberg im Umfang von 0,24 ha sowie auf einer Teilfläche des Flurstücks 92/10, Gemarkung Stefaniskirchen im Umfang von 0,7058 ha festgesetzt.
Zur Kompensation der mit der 13. Änderung verbundenen Verluste von Gehölzflächen wird eine 1,679 m² große Aufforstung auf dem Flurstück 34/5, Gemarkung Aschau am Inn vorgenommen.



Ersatzaufforstung Gemarkung Zangberg



Ersatzaufforstung Gemarkung Stefaniskirchen



Ersatzaufforstung Gemarkung Aschau am Inn

13. Artenschutz

Die in der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (sAP) des Umweltplanungsbüros vom 08.11.2023 beschriebenen Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung (Kapitel 5.1) sowie die CEF-Maßnahmen (Kapitel 5.2) sind festgesetzt und entsprechend der Beschreibung in der sAP umzusetzen.

14. Sonstige Festsetzungen

Maßstab in Meter, z. B. 20 m

B) Hinweise

- Flurstücksnummer, z. B. 490/4
- Flurgrenze
- Vorhandene Gebäude mit Hausnummer
- Baubereich mit Bezeichnung, z. B. 1
- Parkplatz und Fahrfäche für LKW
- Vorgeschlagener Standort für Baumpflanzung
- Gebäude, Abriss geplant
- In diesem Bereich gilt die Planfeststellung zum Projekt "Hohenfelmach Pürterer Kreuzung und BU-Beseitigung" vom 30.12.2019.
- Verkehrssicherungspflicht
Im Bereich der öffentlichen Grünflächen ist die Verkehrssicherungspflicht der Gehölze zum Schutz der Öffentlichkeit und der Nachbarn sicherzustellen.
- Mögliche Altlasten
Das Stadtgebiet Waldkraiburg ist zum großen Teil überlagert mit dem ehemaligen Werk Fichte. Solange keine Detailkenntnisse über die potentiellen Untergrundverunreinigungen vorliegen, ist im Umfeld von emissionsrelevanten Gebäuden (V-Lager) im Einzelfall eine Bodenuntersuchung im üblichen Umfang durchzuführen. Werden Auffüllungen im Zuge der Bauarbeiten angetroffen, sind die Aushandlungsmaßnahmen durch ein fachlich geeignetes Ingenieurbüro oder einen Gutachter begleitet zu überwachen. Anfallendes Aushubmaterial ist ordnungsgemäß nach Rücksprache mit dem Landratsamt Mühldorf a. Inn gegen Nachweis zu entsorgen oder zu verwerten. Sollten im Zuge der Bauarbeiten Belastungen des Untergrundes festgestellt werden, die eine Grundwassergefährdung bedürfen lassen, sind unverzüglich das Landratsamt Mühldorf a. Inn und das Wasserwirtschaftsamt Rosenheim zu benachrichtigen. Für die Niederschlagswasserbehandlung ist nachzuweisen, dass keine schädlichen Verunreinigungen im Untergrund vorliegen oder von Niederschlagswasser durchdringt werden.
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes finden sich Altstandorte im Bereich der Flurnummern 458/24, 458/30 und 458/37, Gemarkung Waldkraiburg.
- Bodenrückenmarker
Archäologische Bodenfunde, die bei den Bauarbeiten zutage treten, unterliegen der gesetzlichen Meldepflicht.
- Versorgungsleitungen / Telekommunikationslinien
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes verlaufende Versorgungsleitungen sind zu beachten. Vor jeweiligen Baubeginn bzw. vor Anpflanzung von Bäumen hat eine Absprache mit den Versorgungsorganen zu erfolgen. Eventuelle Verlegungen von Leitungen haben auf Kosten der Bauherrin/Bauherber zu erfolgen. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle" der Forstwirtschaftsgesellschaft für Straßen- und Verkehrsweisen, Ausgabe 2013 - siehe hier u. a. Abschnitt 6 - zu beachten. Es ist sicherzustellen, dass durch Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.
- Niederschlagswasserseversicherung und Berücksichtigung von Starkregenereignissen
Die Niederschlagswasserfreisetzungsvorschrift (NWFreiV) vom 1.10.2008 ist zu beachten.
Die Rohfußbodenoberkante des Erdgeschosses geplanter Gebäude muss mindestens 25 cm über der höchsten Geländehöhe oberhalb der Bauvorhaben liegen. Die Gebäude sind zu dieser Höhe wasserrechtlich zu errichten (Keller wasserrechtlich und aufdröckender, dies gilt auch für Kelleröffnungen, Lichtschächte, Zugänge, Tiefgaragenzufahrten, Instandhaltungsräume etc.). Für die Tiefgaragenzufahrt empfehlen wir die Anordnung einer Schwelle von 25 cm Höhe, die den Wasserrücktritt verhindert. Sollten Lichtgräben für Rohwasserleitung der Keller zugelassen werden, sind diese ebenfalls so zu konstruieren, dass weder Grundwasser noch Oberflächenwasser zutreten kann.
- Schutz bestehender Gehölze
Gemäß § 39 BNatSchG ist es verboten, Bäume, Hecken und lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuscheiden oder auf den Stock zu setzen; zulässig sind schonende Form- und Pflegeschritte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung von Bäumen.

15.

Pflanzliste
Als heimische und standortgerechte Bäume und Sträucher können beispielsweise gelten:
Großblume
Acer platanoides (Spitzahorn)
Acer pseudoplatanus (Bergahorn)
Betula pendula (Birke)
Carpinus betulus (Hainbuche)
Fagus sylvatica (Rotbuche)
Fraxinus excelsior (Eiche)
Quercus robur (Stieleiche)
Tilia cordata (Winterlinde)
Kleinblume
Acer campestre (Feldahorn)
Prunus avium (Vogelkirsche)
Sorbus aria (Mehlbäule)
Sorbus aucuparia (Eberesche)

Sträucher
Cornus avellana (Hasel)
Cornus sanguinea (Roter Hartleig)
Crataegus monogyna (Eingriffeliger Weißdorn)
Euonymus europaeus (Europäischer Pfaffenstich)
Lonicera xylosteum (Rote Heckenkirsche)
Prunus spinosa (Schlehe)
Rosa canina, Rosa arvensis (Wildrose)
Sambucus nigra (Schwarzer Holunder)
Viburnum opulus (Gemeiner Schneeball)
Viburnum lantana (Wolliger Schneeball)

16.

Abstand zum Wald (Windwurfgefahr)
Bei einer Bebauung in einem Abstand von weniger als 25 m zum bestehenden Wald (Dauerwald) ist wegen der Windwurfgefahr eine Haftung der Stadt Waldkraiburg durch eine Grundstücksbauwerk (Haftungsfreistellungserklärung) unter Mitzeichnung des Forstamtes auszuscheiden.
Eine Gefährdung von Leib und Leben im Baukörper durch Windwurf ist durch technische Maßnahmen an den Gebäuden auszuschließen. Feststoffbelastete Kamine sind mit funktionshemmenden Vorrichtungen zu versehen.

C) Nachrichtliche Übernahmen

- Stellplätze und Parkplätze
Es gilt die Satzung über die Herstellung und Abfolge von Stellplätzen der Stadt Waldkraiburg in der jeweils aktuellen Fassung.
- Werbeanlagen
Es gilt die Satzung über die Anlagen der Außenwerbung in der Stadt Waldkraiburg (Werbeanlagensatzung) in der jeweils aktuellen Fassung.

D) Ordnungswidrigkeiten

1. Zuwiderhandlungen gegen die in diesem Bebauungsplan enthaltenen örtlichen Bauvorschriften erfüllen der Tabellenstand einer Ordnungswidrigkeit nach Art. 79 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayBO.
2. Zuwiderhandlungen gegen die in diesem Bebauungsplan festgesetzten Bindungen für Bepflanzungen durch Beseitigung, wesentliche Beeinträchtigung oder Zerstörung erfüllen der Tabellenstand einer Ordnungswidrigkeit nach § 213 Abs. 1 Nr. 3 BauGB.

E) Verfahrensvermerke

- Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung:
Die Stadt Waldkraiburg hat in der Sitzung vom die 13. Änderung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ortsüblich bekannt gemacht. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 und 13a BauGB mit der Geltungsdauer zur Unterrichtung und Aufklärung und dem Hinweis, dass keine Umweltauflage durchgeht, wird, hat in der Zeit vom bis einschließlich stattgefunden.

Waldkraiburg, den Robert Pöttsch, 1. Bürgermeister

2. Öffentliche Auslegung:

Der Entwurf der 13. Bebauungsplanänderung wurde in der Fassung vom mit der Begründung und dem Hinweis, dass keine Umweltauflage durchgeht, wird, in der Zeit vom bis einschließlich öffentlich ausgestellt. Dies wurde am ortsüblich bekannt gemacht.

Waldkraiburg, den Robert Pöttsch, 1. Bürgermeister

3. Beteiligung der Behörden:

Zu dem Entwurf der 13. Bebauungsplanänderung in der Fassung vom wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis einschließlich beteiligt.

Waldkraiburg, den Robert Pöttsch, 1. Bürgermeister

4. Satzungsbeschluss:

Die Stadt Waldkraiburg hat mit Beschluss des Stadtrats vom die 13. Änderung des Bebauungsplanes in der Fassung vom gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Waldkraiburg, den Robert Pöttsch, 1. Bürgermeister

5. Ausgefertigt:

Waldkraiburg, den Robert Pöttsch, 1. Bürgermeister

6. Bekanntmachung:

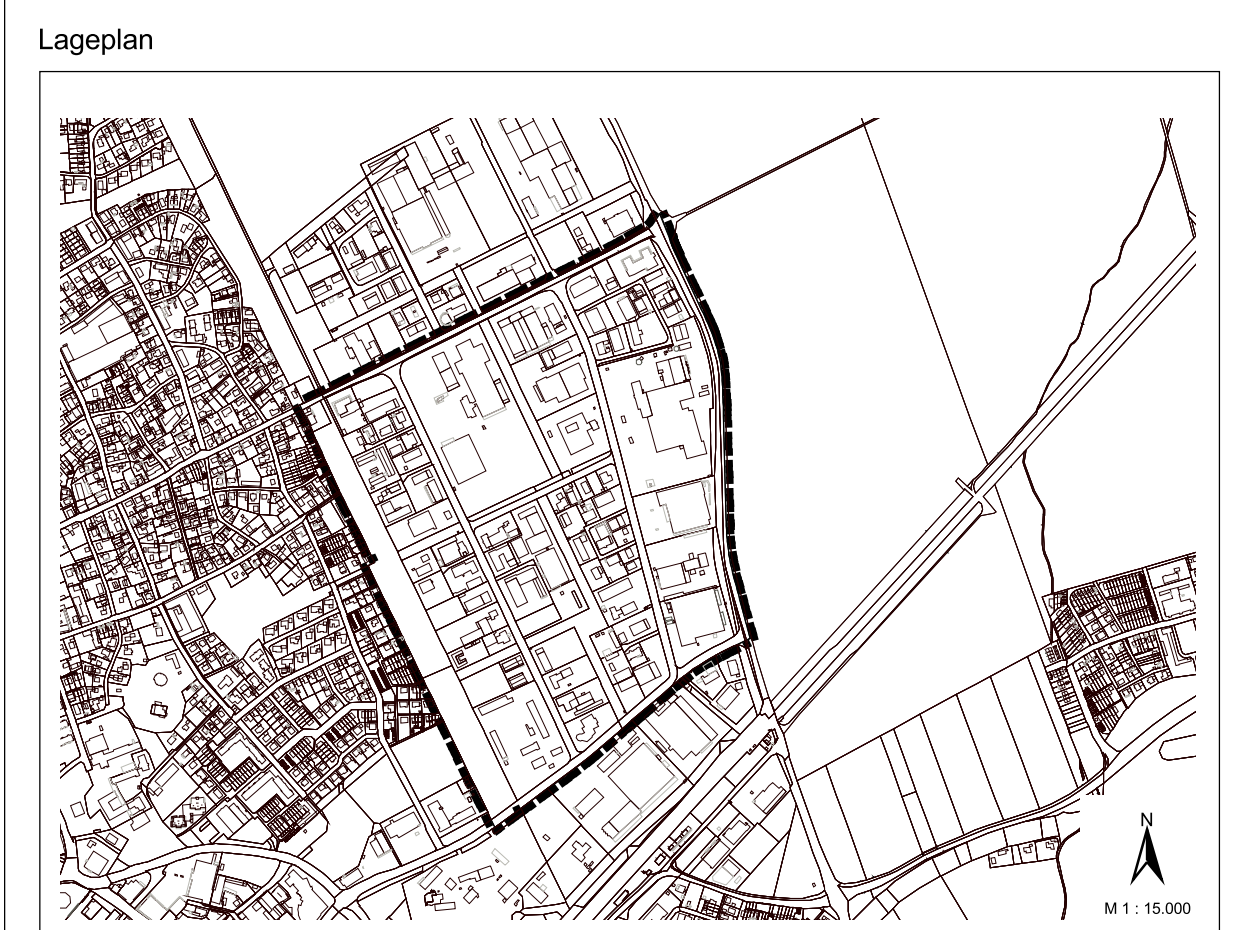
Die Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB erfolgte ortsüblich durch Aushang am Der Bebauungsplan mit der Begründung wird seit diesem Tag zu den ortsüblichen Dienstzeiten in den Amtsräumen der Stadt Waldkraiburg zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4, der §§ 214 und 215 BauGB ist hingewiesen worden (§ 215 Abs. 2 BauGB).

Waldkraiburg, den Robert Pöttsch, 1. Bürgermeister

STADT WALDKRAIBURG



13. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 "Gewerbe- und Industriegebiet an der Daimlerstraße"



Die Stadt Waldkraiburg erlässt gemäß § 2 Abs. 1, §§ 9, 10, 13 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I, 3034) zuletzt geändert Artikel 2, 2 des Gesetzes zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbare Energien im Stöckbau vom 01.07.2023, Art. 1 der Baurechtsänderung (BayRO) vom 14.08.2007 zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 10.02.2023, der Bauzuteilungsverordnung (BauZVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04.01.2023 und Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) vom 22.08.1998 zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 09.12.2022 diesen Bebauungsplan als

SATZUNG

Fassung vom: 16.05.2023
Geändert am: 21.11.2023

Planstellen:
Planungsbüro U-Plan
Kraiburg 20, 83471 Zangberg
Tel. 0170/252467 Fax 0170/252465
E-Mail: stadt@waldkraiburg.de
Internet: www.buaro-u-plan.de

Ausfertiger:
Stadt Waldkraiburg
Kraiburg 20, 83471 Waldkraiburg
Tel. 08342400 Fax 08342400
E-Mail: stadt@waldkraiburg.de
Internet: www.waldkraiburg.de

M 1 : 1.500